

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2022

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Parlament: Entschließungen zum Schutz von Kindern und Frauen auf der Flucht.....	1
EU-Kommission: Empfehlungen zu Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten	1
Europäischer Rat: Einigung zur Überarbeitung der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie	1
Rat der EU und EU-Parlament: Einigung zum Gesetz über digitale Dienste	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Polen: Umsetzung der europäischen Vereinbarkeitsrichtlinie	2
Schweiz: Evaluation der Nationalen Plattform gegen Armut	2
Großbritannien: Folgen der Zwei-Kind-Politik im Bereich der Sozialleistungen	3
Rumänien: Hilfspaket für Bevölkerung und Unternehmen	3
Spanien: Oberster Gerichtshof entscheidet gegen Anerkennung von Kindern aus Leihmutterchaft.....	4
Spanien: Selbstverpflichtung der Spielzeughersteller gegen sexistische Werbung.....	4
Weitere Nachrichten	4
Eurochild: Aufruf zum Kinderschutz auf der Flucht	4
ICAM: Unterstützung für Schulen bei der Aufnahme geflüchteter Kinder aus der Ukraine	5
Diskriminierung ukrainischer Roma auf der Flucht.....	5
Gemeinsames Statement der-UN Komitees zu Rechten von Kindern mit Behinderungen.....	5
Berichte und Studien	6
EU-Parlament: Bericht zu Geschlechtergleichstellungs- und ökonomischen Aspekten von Pflege	6
ESPN: Bericht über Zugang zu Leistungen sozialer Sicherung für junge Menschen	6
NELFA: Jahresbericht 2022 über Regenbogenfamilien in Europa.....	7
DigiGen: Bericht über digitales politisches Engagement Jugendlicher	7
EGMR: Handbuch und Fact Sheet zum Europarecht in Bezug auf Kinder	7
UNICEF: Publikationen zur inklusiven Bildung.....	8
UNICEF: Bericht über Grundkompetenzen von Kindern.....	8
UNICEF: Bericht über kindgerechte digitale Technologie.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament: Entschlüsseungen zum Schutz von Kindern und Frauen auf der Flucht

Das EU-Parlament hat zwei Entschlüsseungen beschlossen, in denen die EU und ihre Mitgliedstaaten zum besseren Schutz von Kindern und Frauen auf der Flucht aus der Ukraine aufgerufen werden. Kinder müssten vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch geschützt werden. Es müsse verhindert werden, dass Kinder auf der Flucht illegal adoptiert oder für den Menschenhandel entführt werden. Die Abgeordneten schlagen vor, Kinderschutzbeauftragte unter den Grenzbeamten zu bestimmen, die besonders schutzbedürftige Kinder identifizieren und ihre Identität und Herkunft registrieren. Dazu gehören insbesondere unbegleitete Minderjährige, die eine Betreuungsperson zugewiesen bekommen sollen. Außerdem müsste ihnen der Zugang zu Einrichtungen des Kinderschutzes und der Jugendhilfe in den Staaten ermöglicht werden, in denen sie ankommen.

In der Entschlüsseung zum Schutz von Frauen auf der Flucht vor Gewalt und sexueller Ausbeutung verurteilen die Abgeordneten sexuelle Gewalt als kriegerisches Mittel. Sie fordern die EU-Staaten auf, Frauen auf der Flucht alle Angebote der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zugänglich zu machen. In allen Einrichtungen für Geflüchtete sollten die Bedürfnisse von Mädchen und Frauen berücksichtigt und zugängliche Beschwerdewege für den Fall von Übergriffen geschaffen werden. Außerdem müssten Netzwerke des Menschenhandels, die geflüchtete Frauen sexuell ausbeuten, konsequent verfolgt werden. Um Frauen eine sichere Flucht zu ermöglichen, sollte die sichere Weiterreise innerhalb der EU von den Mitgliedstaaten organisiert werden.

- [Entschlüsseung des EU-Parlaments zum Schutz geflüchteter Kinder aus der Ukraine](#) 
- [Entschlüsseung des EU-Parlaments zum Schutz geflüchteter Frauen aus der Ukraine](#)  

EU-Kommission: Empfehlungen zu Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten

Die EU-Kommission hat eine Empfehlung beschlossen, die eine schnelle Eingliederung von Geflüchteten aus der Ukraine in den EU-Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Vorgeschlagen werden Maßnahmen, die die Anerkennung von Abschlüssen erleichtern sollen. Die Beschäftigung von Ukrainer:innen im regulären Arbeitsmarkt solle ihnen ermöglichen, das Niveau ihrer bisherigen Qualifikation beizubehalten. Außerdem werde mit diesen Maßnahmen dem Fachkräftemangel in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung begegnet. Zudem stellt die Kommission Mittel für psychologische Hilfen zur Verfügung. Die neun Millionen Euro zu diesem Zweck stammen aus dem Programm „EU4Health“ und sollen psychologische Ersthilfe sowie Traumabehandlung in der ersten Sprache der Geflüchteten finanzieren.

- [Empfehlung der Kommission zur Anerkennung der Qualifikationen ukrainischer Geflüchteter](#)
- [Fleeing Ukraine: Healthcare](#) 

Europäischer Rat: Einigung zur Überarbeitung der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie

Mit dem Beschluss des Europäischen Rates ist die EU-Mehrwertsteuerrichtlinie überarbeitet worden. Die Richtlinie soll ein einheitliches Mehrwertsteuersystem innerhalb der EU umsetzen. Unter anderem wird in einem Katalog festgelegt, für welche Produkte und Dienstleistungen die EU-Mitgliedstaaten einen reduzierten Mehrwertsteuersatz bestimmen können. Mit der jetzigen Überarbeitung ist unter anderem dieser Katalog erweitert worden, sodass nunmehr auch Lebensmittel und Kinderbekleidung und -schuhe in diese Gruppe von Produkten

aufgenommen worden. Die Bestimmung der Mehrwertsteuersätze liegt bei den Mitgliedstaaten. So erheben zum Beispiel Irland und Luxemburg für Kinderkleidung keine (Irland) bzw. eine sehr geringe Mehrwertsteuer von drei Prozent (Luxemburg). Die AGF setzt sich in Deutschland mit der Initiative 7 Prozent für Kinder seit langem für die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent für Produkte und Dienstleistungen für Kinder ein.

- [Initiative 7 Prozent für Kinder](#)
- [EU-Kommission: Datenbank zu Steuersätzen in der EU](#) 

Rat der EU und EU-Parlament: Einigung zum Gesetz über digitale Dienste

Das EU-Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich über einen Vorschlag für die Richtlinie über digitale Dienste geeinigt. Sie soll die grundsätzlichen Regeln für alle digitalen Anbieter überarbeiten, um Sicherheit und Meinungsfreiheit im Netz zu gewährleisten. Praktisch umgesetzt werden soll der Grundsatz, dass alle Aktivitäten, die offline nicht legal sind, auch im Internet geahndet werden. Die Richtlinie enthält Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Waren, Dienstleistungen und Inhalte, zur Stärkung von Nutzer:innen und der Zivilgesellschaft und zur Risikobewertung und -minimierung. Das Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hatte den ursprünglich eingebrachten Entwurf kritisiert, da er Möglichkeiten zum Kinderschutz aus dem deutschen Recht unterlaufe (s. [EuropaNews 03/22](#)).

- [EU-Kommission: Informationen zum geplanten Gesetz über digitale Dienste](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Polen: Umsetzung der europäischen Vereinbarkeitsrichtlinie


Mit der Implementierung der EU Work-Life-Balance-Richtlinie werden in Polen eine Reihe familienpolitischer Neuerungen eingeführt. Dazu zählen die Einführung einer Freistellung von Vätern für zehn Tage nach der Geburt ihres Kindes und von vier Monaten Elternzeit pro Elternteil. Bis auf zwei Monate, die von Vätern genommen werden müssen, können diese zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Die polnische Organisation Share the Care hat einen Ratgeber für Familien und Arbeitgeber über Möglichkeiten zur gleichberechtigten Arbeitsteilung in Familien herausgegeben. Darin wird dargestellt, wie die Aufteilung von Familienarbeit und Erwerbsarbeit sich gegenseitig bedingen. Vermittelt werden soll, dass eine ausgeglichene Aufteilung familiärer Verpflichtungen und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer zu einer besseren Work-Life-Balance führt. Auch die Vorteile einer guten Work-Life-Balance von Angestellten für Arbeitgeber werden hervorgehoben. Darüber hinaus werden Unternehmen vorgestellt, die bereits freiwillig Maßnahmen für familienfreundliches Arbeiten umsetzen. Abschließend werden Empfehlungen für Management und Personalabteilungen formuliert, wie sie die Work-Life-Balance ihrer Mitarbeiter:innen unterstützen können.

- [Share The Care: Equal at Home - Equal at Work](#)  

Schweiz: Evaluation der Nationalen Plattform gegen Armut

Auf eine Anfrage des Ständerats hat der Bundesrat der Schweiz eine Evaluation der Nationalen Plattform gegen Armut durchgeführt. Die Plattform hatte im Jahr 2019 das Nationale Programm gegen Armut abgelöst und läuft

aktuell noch bis zum Jahr 2024. Da sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in der Schweiz zu den Aufgabenbereichen von Kantonen und Gemeinden zählen, konzentriert sich die Arbeit der Plattform auf den Bereich der Armutsprävention. Sie soll Fachdiskussionen voranbringen, den Austausch relevanter Akteur:innen fördern und Wissen über Armut in der Schweiz zur Verfügung stellen. Die Plattform ist in die vier Schwerpunkte Beteiligung armutsbetroffener Menschen, Unterstützung armutsgefährdeter Jugendlicher, Qualifizierung armutsgefährdeter Erwachsener und Unterstützung von Familien aufgeteilt. Der Bericht über ihre bisherige Arbeit sieht ihre Ziele als erreicht an: Publiziert wurden vier wissenschaftliche Berichte und ein Praxisleitfaden. Im vergangenen Jahr hat außerdem ein Fachtag stattgefunden, an dem auch armutsbetroffene Menschen teilnehmen konnten. Laut einer aktuellen Erhebung leben in der Schweiz ca. 722.000 Menschen in Armut. Das entspricht einer Armutsquote von 8,5 Prozent. Der Bundesrat hat im Jahr 2020 ein nationales Armutsmonitoring beschlossen. Es befindet sich in der Planungsphase, der erste Bericht soll im Jahr 2025 vorliegen.

- [Bericht des Schweizer Bundesrates zur Arbeit der Plattform gegen Armut](#) 
- [Nationale Plattform gegen Armut der Schweiz](#)

Großbritannien: Folgen der Zwei-Kind-Politik im Bereich der Sozialleistungen

Eine aktuelle Studie aus Großbritannien zeigt, dass die sogenannte Zwei-Kind-Politik bei den Sozialleistungen für Kinder keinen Einfluss darauf hat, wie viele Kinder Familien mit geringen Einkommen bekommen. Die Regelung besagt, dass pro Familie höchstens für zwei Kinder Sozialleistungen gezahlt werden. Sie war im Jahr 2017 eingeführt worden und sollte dazu beitragen, dass nur jene Familien viele Kinder bekommen, die sie ohne staatliche Zuschüsse versorgen können. Die Studie weist jedoch auf den sehr geringen Effekt hin: Es wird ein Rückgang von Geburten dritter Kinder in betroffenen Familien um 0,36 Prozentpunkte festgestellt. Der weitreichendste Effekt der Gesetzgebung sei es, dass mehr Kinder in Großbritannien in noch größerer Armut aufwachsen. Fast die Hälfte der Kinder, die in Großbritannien in Familien mit mehr als zwei Kindern aufwachsen, leben in Armut. Von der Gesetzgebung überproportional betroffen sind muslimische und jüdisch orthodoxe Familien, die aufgrund verschiedener religiöser und kultureller Faktoren häufig mehr Kinder haben als Familien im britischen Durchschnitt. Die britische Organisation Child Poverty Action Group (CPAG) hatte im vergangenen Jahr beim Obersten Gerichtshof des Vereinten Königreichs gegen das Gesetz geklagt und in einem Aspekt Recht bekommen: So wurde eine Ausnahme definiert, nach der Familien für ein drittes Kind Sozialleistungen beziehen können, wenn sie dieses zur Pflege annehmen und es sonst auf staatliche Kosten in einer Einrichtung leben würde. Die CPAG stuft die Regelung jedoch in mehreren weiteren Punkten als diskriminierend ein und hat eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht.

- [Does cutting child benefits reduce fertility in larger families?](#)  
- [CPAG: Informationen zu rechtlichen Schritten gegen die Zwei-Kind-Regelung](#) 



Rumänien: Hilfspaket für Bevölkerung und Unternehmen

Die rumänische Regierung hat ein Hilfspaket beschlossen, mit dem die Bevölkerung angesichts des aktuellen Preisanstiegs unterstützt werden soll. Für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen sind in den Maßnahmen Gutscheine für Grundnahrungsmittel und Schulbedarf enthalten. Für Kinder mit besonderen Bedürfnissen sollen die finanziellen Zuschüsse und Gutscheinwerte erhöht werden. Das Paket ist mit 17,3 Milliarden rumänischen Leu (ca. 3,5 Milliarden Euro) ausgestattet; mehr als die Hälfte der Finanzierung stammt aus EU-Mitteln. Es enthält auch

Maßnahmen zu Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Die Maßnahmen des Pakets sollen ab Mai in Kraft treten und sind zunächst bis zum Jahresende geplant.

Spanien: Oberster Gerichtshof entscheidet gegen Anerkennung von Kindern aus Leihmutterschaft

Der Oberste Gerichtshof in Spanien hat entschieden, die Elternschaft im Fall der Austragung durch eine Leihmutter nicht anzuerkennen. Laut der Auffassung des Gerichts widerspreche die Praxis der Leihmutterschaft den Grund- und Menschenrechten aus internationalen Konventionen sowie der spanischen Verfassung. Dabei nahm es Bezug auf Berichte der UN-Sonderberichterstatterin betreffend Kinderhandel und Kinderprostitution, die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen und den EU-Jahresbericht 2014 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt. Die Würde des Kindes werde verletzt, wenn man es als Gegenstand des Vertrags zwischen Auftraggeberin und Leihmutter behandelte. Es werde die ökonomische Notlage der Leihmütter ausgenutzt, die alle Rechte in Bezug auf die Mutterschaft abgeben müssten. Außerdem fehle in solchen Fällen eine Eignungsprüfung der künftigen Eltern, wie sie bei Adoptionen üblich ist. Geklagt hatte eine Spanierin, die, über eine Agentur vermittelt, mithilfe einer Samen- und Eizellenspende ein Kind durch eine Leihmutter in Mexiko hatte austragen lassen. Das Jugendamt in Spanien verwehrt ihr die Anerkennung der Mutterschaft für das Kind. Der Oberste Gerichtshof bestätigte diese Entscheidung in letzter Instanz.

- [Berichte der UN-Sonderberichterstatterin betreffend Kinderhandel und Kinderprostitution](#) 
- [UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen](#)
- [EU-Jahresbericht 2014 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt](#) 

Spanien: Selbstverpflichtung der Spielzeughersteller gegen sexistische Werbung

Der spanische Dachverband der Spielzeughersteller hat mit der Regierung eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der sich die Spielzeughersteller verpflichten, auf stereotype Geschlechterdarstellungen zu verzichten. Die Vereinbarung solle dazu beitragen, Kindern vielfältige Bilder von Geschlechterrollen zu vermitteln. Mädchen dürften nicht in diskriminierender und oder herabwürdigender Weise dargestellt werden. Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf explizite Herabwürdigung, sondern auch die Reproduktion typisch weiblicher Attribute und Tätigkeiten, die traditionellen Weiblichkeitsentwürfen entsprechen. Die Werbung sollte Kindern vermitteln, welche Fähigkeiten sie mit dem Spielzeug entwickeln können und nicht, für wen das Spielzeug gedacht ist.

Weitere Nachrichten

Eurochild: Aufruf zum Kinderschutz auf der Flucht

Eurochild hat einen weiteren (s. [EuropaNews 03/22](#)) offenen Brief veröffentlicht, in dem die Organisation die EU zur Wahrung des Kinderschutzes auf der Flucht aus der Ukraine aufruft. Im aktuellen Aufruf verweist Eurochild darauf, dass inzwischen rund 1,5 Millionen Kinder auf der Flucht aus der Ukraine sind. Um die Situation der Kinder deutlich zu machen, hat Eurochild Berichte ihrer Mitgliedsorganisationen aus Polen, der Slowakei, Bulgarien und Rumänien zusammengestellt. Der Zusammenschluss polnischer Pflegefamilien berichtet, dass die Kapazitäten zur Registrierung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger nicht ausreichen. Diese Situation führe dazu, dass Kinder nicht die angemessene Unterstützung erhielten und keine verlässlichen Zahlen über Fälle von

Menschenhandel von Kindern erfasst werden könnten. In der Slowakei herrsche ein Mangel an Pflegefamilien, sodass unbegleitete Minderjährige aus der Ukraine in Heimen untergebracht werden müssten. Auch dort bestehe ein Mangel an Fachkräften zu ihrer adäquaten Unterstützung. In Bulgarien würden geflüchtete Kinder zunächst ebenso in Einrichtungen untergebracht. Dabei könne jedoch nicht sichergestellt werden, dass Geschwister und Gruppen von Kindern aus dem gleichen Ort nicht getrennt werden. Bulgarien hätte zudem Probleme, geflüchtete Familien finanziell zu unterstützen. In Rumänien würde daran gearbeitet, Geschwister und Gruppen von Kindern gemeinsam unterzubringen. Das Familienministerium bemühe sich, illegale Adoptionen in Rumänien zu verhindern und dass alle ukrainischen Kinder sicher in die Ukraine zurückkehren können, sobald es die Situation dort zulässt.

- [Eurochild: All Children Have the Right to be Protected](#) 

ICAM: Unterstützung für Schulen bei der Aufnahme geflüchteter Kinder aus der Ukraine

Das Programm Including Children Affected by Migration (ICAM) hat eine Sammlung von Ressourcen für Schulen herausgegeben, mit denen sie geflüchtete Kinder aus der Ukraine unterstützen können. Dazu zählt ein Ratgeber, der die Auswirkungen von Flucht auf Kinder darstellt und Lehrer:innen informiert, wie sie mit betroffenen Kindern arbeiten können. Außerdem hat ICAM einen Workshop konzipiert, den Schulen für ihr pädagogisches Personal anbieten können. Neben Informationen zum Umgang mit den psychischen Belastungen durch die Flucht werden hier Strategien zur Einbindung geflüchteter Kinder in das Schulleben, zur Prävention von Mobbing und Ausschlüssen und zur Zusammenarbeit mit Eltern vorgestellt. ICAM verweist auch auf sein Handbuch aus dem Jahr 2021, das ausführlich zu den Herausforderungen von Kindern mit Migrations- und Fluchterfahrung im Bildungssystem informiert.

- [ICAM: Support for Schools Welcoming Ukrainian Child Refugees](#) 

Diskriminierung ukrainischer Roma auf der Flucht

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (European Union Agency for Fundamental Rights, FRA) weist darauf hin, dass Europa die Gleichbehandlung bei der Aufnahme Geflüchteter sicherstellen muss. Zwar seien während der Besuche der FRA keine konkreten Fälle festgestellt worden, es häuften sich aber Berichte über die Ungleichbehandlung von Roma durch Grenzbeamte, Hilfsorganisationen und andere ukrainische Geflüchtete. Neben der historischen Diskriminierung und Verfolgung der Roma trage auch ihre aktuelle rechtliche und ökonomische Lage zu schlechteren Bedingungen auf der Flucht bei. Laut einem aktuellen Bericht des Europäischen Netzwerks zur Staatenlosigkeit (European Network on Statelessness, ENS) sind 10 bis 20 Prozent der 400.000 ukrainischen Roma staatenlos. Aufgrund der Beschränkung auf ukrainische Staatsbürger:innen haben sie nicht die Möglichkeit, sich als Geflüchtete zu registrieren. Dies betreffe auch andere staatenlose Gruppen und undokumentierte Geflüchtete in der Ukraine, so das ENS.

- [FRA: Ensure equal treatment for Roma fleeing Ukraine](#) 
- [ENS: Stateless people and people at risk of statelessness forcibly displaced from Ukraine](#)  

Gemeinsames Statement der-UN Komitees zu Rechten von Kindern mit Behinderungen

Die UN-Komitees für die Rechte des Kindes und für die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben eine gemeinsame Position über die Rechte von Kindern mit Behinderungen beschlossen. Es soll die Mitgliedstaaten der UN dabei unterstützen, Gesetze und Maßnahmen zu erarbeiten, die auf den Menschenrechten von Kindern mit

Behinderungen basieren. In den Bereichen Kinderrechts- und Behindertenrechtspolitik sei in den vergangenen Jahren dieser Übergang von einer paternalistischen Schutzpolitik zur Anerkennung von Kindern und Menschen mit Behinderungen als Rechtssubjekte geschafft worden. Die gemeinsame Position beider Komitees soll beide Themen zusammenführen, um dieses Ziel auch für Kinder mit Behinderungen zu erreichen. Ein wichtiges Ziel für die Rechte von Kindern mit Behinderungen ist der Übergang zu Unterbringung in Familien und anderen Lebensgemeinschaften anstelle von Institutionen (Deinstitutionalisierung). Auch der Schutz vor Diskriminierung sei bereits in der Kindheit von Menschen mit Behinderungen ein zentrales Thema, besonders in Bezug auf Bildung.

- [Joint Statement: The Rights of Children with Disabilities](#)  

Berichte und Studien

EU-Parlament: Bericht zu Geschlechtergleichstellungs- und ökonomischen Aspekten von Pflege

Das EU-Parlament hat auf Anfrage des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter eine Studie zu Geschlechtergleichstellungs- und ökonomischen Aspekten von Pflege durchgeführt. Darin werden die Geschlechterunterschiede in der beruflichen und informellen Übernahme von Pflegetätigkeiten, die ökonomischen und Gleichstellungsdimensionen von Pflege als nicht oder gering entlohnte Tätigkeit und die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Pflegeökonomie untersucht. Die Studie enthält zudem einen Ländervergleich zwischen Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Finnland, Irland, den Niederlanden und Polen. Die Länder wurden so ausgewählt, dass verschiedene Modelle zum Umgang mit dem gesellschaftlichen Bedarf an Care-Arbeit vertreten sind. Sowohl unbezahlte als auch niedrig bezahlte Pflege werde weiterhin überproportional von Frauen ausgeführt. Dies führe zu einer geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen, die ökonomische Abhängigkeit von Partner:innen und Altersarmut nach sich ziehe. Covid-19 habe die Ungleichheiten noch verschärft, da die zusätzlich angefallene familiäre Pflege zum Großteil von Frauen übernommen wurde. Damit ginge nicht nur eine psychische Belastung einher, sondern auch schlechtere Chancen für berufliches Fortkommen. Pflege müsse als Investition in die Gesellschaft und Grundlage ökonomischer Tätigkeit begriffen werden, um Geschlechterungleichheiten in der professionellen und familiären Pflege zu beenden. Die Ergebnisse der Studie sollen für die Planung einer möglichen EU-Pflegestrategie genutzt werden.

- [Gender equality: Economic value of care](#)  

ESPN: Bericht über Zugang zu Leistungen sozialer Sicherung für junge Menschen

Das European Social Policy Network hat einen Bericht über den Zugang zu Sozialleistungen für junge Menschen in 35 Staaten herausgegeben. Analysiert wird die Situation in den 27 EU-Mitgliedstaaten, Großbritannien und möglichen Beitrittskandidaten. Betrachtet wurden Leistungen aus den Bereichen Arbeitslosigkeit, Elternschaft, Krankheit, Mindestsicherung und Wohnen. Die wichtigsten Barrieren im Zugang zu Leistungen lagen im Bereich Alter und Beschäftigungsstatus. Leistungen, die für eine bestimmte Altersgruppe geschaffen wurden, berücksichtigen nicht alle Lebenssituationen von Menschen dieses Alters. Die Beschränkung von Leistungen auf Menschen mit einem bestimmten Status schlossen häufig Auszubildende, Praktikant:innen, Studierende und atypisch Beschäftigte aus.

- [Access to social protection for young people. An analysis of policies in 35 countries](#)  

NELFA: Jahresbericht 2022 über Regenbogenfamilien in Europa

Das Netzwerk der europäischen LGBTIQ*-Familienorganisationen NELFA hat seinen jährlichen Bericht über die Situation sogenannter Regenbogenfamilien herausgegeben. Die 43 Mitgliedsorganisationen trugen politische und rechtliche Entwicklungen aus 54 Ländern zusammen. Die Daten stammen aus dem jährlichen Bericht über die Menschenrechtslage für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten in Europa und Zentralasien, den die Europäische Gleichstellungsorganisation für LGBTIQ*-Personen ILGA Europe herausgibt. NELFA berichtet z.B. über die gesetzliche Änderung in Schweden, nach der verheiratete Paare unabhängig vom Geschlecht beide als Eltern eines geborenen Kindes anerkannt werden. Das spanische Gesundheitsministerium hat den Zugang zu Kinderwunsch-Behandlungen für alleinstehende, lesbische, bisexuelle Frauen und Menschen aller geschlechtlichen Identitäten, die schwanger werden können, erweitert. Zudem erwähnt der Bericht, dass in Kroatien zwar derzeit das Gesetz über Adoption und die Aufnahme von Pflegekindern reformiert würde, jedoch auch weiterhin gleichgeschlechtliche Paare weiter ausgeschlossen blieben, obwohl ein Zagreber Gericht bereits im Jahr 2014 zu einem gegenteiligen Urteil gekommen sei.

- [NELFA: Rainbow Families in Europe](#)  
- [ILGA Europe: Annual Review of the Human Rights Situation of LGBTI](#) 

DigiGen: Bericht über digitales politisches Engagement Jugendlicher

Das EU-Forschungsprojekt DigiGen hat den Bericht zu einer qualitativen Untersuchung über das digitale politische Engagement Jugendlicher veröffentlicht. Die Daten wurden in digitalen Storytelling-Workshops erhoben, die in Estland, Griechenland und Großbritannien mit 12 Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 15 Jahren durchgeführt wurden. Methodisch wurde die Untersuchung als Co-Research umgesetzt, sodass die Perspektiven der Jugendlichen in die Interpretation der Daten eingeflossen sind. Ziel der Untersuchung war es, die Arbeiten der Jugendlichen visuell und anhand ihrer Themen zu vergleichen. Die übergeordnete Fragestellung war, welche politischen Anliegen die digitale Partizipation von Jugendlichen anregen und welche Herausforderungen für diese Form der politischen Beteiligung bestehen. Gewalt war für die Themenauswahl der Jugendlichen in Griechenland zentral. Vor allem die Gewalt der rechtsextremen Partei Goldene Morgenröte und gegen LGBTQ-Aktivist:innen wurde aufgegriffen. Die Hauptthemen der britischen Jugendlichen waren Rassismus, Hassrede und politische Gewalt. In Estland illustrierten die Teilnehmer:innen verschiedene Themenfelder, um ihre allgemeine Motivation zur politischen Beteiligung darzustellen.

- [DigiGen: Multimodal research: Youth becoming digital citizens](#)  
- [DigiGen: research into the impact of technological transformations on the Digital Generation](#) 

EGMR: Handbuch und Fact Sheet zum Europarecht in Bezug auf Kinder

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat ein Handbuch herausgegeben, in dem die Grundrechte von Kindern in den Mitgliedstaaten der EU und des Europarates zusammengefasst sind. Das Handbuch richtet sich an Jurist:innen und Fachkräfte, die mit rechtlichen Fragen in Bezug auf Kinder befasst sind. Im Anschluss an eine Einleitung über Rechtsgrundlagen von Kinderrechten werden diese folgenden Bereichen detaillierter dargestellt: Bürgerrechte und -freiheiten, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung, Fragen persönlicher Identität, Familienleben, Pflege und Adoption, Kinderschutz gegen Gewalt und Ausbeutung, ökonomische und soziale Rechte, Migration und Asyl, persönliche Daten und Verbraucherschutz und Kinderrechte

im Justizsystem. Der EGMR hat außerdem ein Factsheet zu neueren Urteilen zusammengestellt, die verschiedene Aspekte der Grundrechte von Kindern betreffen.

- [EGMR: Handbook on European Law Relating to the Rights of the Child](#)  
- [EGMR: Factsheet Children's Rights](#)  

UNICEF: Publikationen zur inklusiven Bildung

UNICEF hat eine Reihe von Publikationen zum Thema inklusiver Bildung herausgegeben. Dazu gehören Ratgeber für Eltern und Lehrer:innen sowie ein Leitfaden zur Implementierung von Maßnahmen zur inklusiven Bildung für Schulen. Der Ratgeber informiert über das Recht auf Bildung im Allgemeinen und die Gesetzgebung zur inklusiven Bildung in den verschiedenen Ländern. Außerdem werden Herausforderungen bei der inklusiven Bildung angesprochen und Lösungsansätze aufgezeigt. Für Lehrer:innen hat UNICEF einen Ratgeber erstellt, wie sie die Zusammenarbeit mit Eltern verbessern können. Über einen Dialog mit den Eltern könnten Lehrer:innen die Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen besser bestimmen und eine individuelle Förderung leisten.

- [UNICEF: Aktuelle Publikationen zur inklusiven Bildung](#) 

UNICEF: Bericht über Grundkompetenzen von Kindern

UNICEF hat einen Bericht aus der Forschungsliteratur zu Grundkompetenzen von Kindern zusammengestellt, um Eckpfeiler von Programmen zur Entwicklungsförderung für Kinder zu bestimmen. UNICEF weist darauf hin, dass die Ausbildung der eigenen Fähigkeiten als Grundrecht in der UN-Konvention für die Rechte des Kindes festgeschrieben ist. Die Literatur wurde mit der Fragestellung untersucht, inwiefern das Konzept der neun Grundkompetenzen zu diesen Zielen beitragen kann. Es stammt von der niederländischen „Learning for Wellbeing Foundation“ und enthält die Grundkompetenzen „entspannen“, „verkörpern“, „beobachten“, „fühlen“, „reflektieren“, „hören“, „untersuchen“, „hineinversetzen“ und „Muster erkennen“. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Literatur diese Einteilung unterstützt, wobei einige der Kompetenzen eher Wege seien, Kernkompetenzen auszuüben (z.B. hören, beobachten). Die Forschung zeige auch, dass die Grundkompetenzen zu positiven und negativen Ergebnissen führen können: Die Reflektion könnte auch Angst auslösen oder die Beobachtung und das Hören Ablenkung. Bildungsumfelder müssten daher so gestaltet werden, dass Kinder ihre Kompetenzen in entwicklungsfördernder Weise ausprägen könnten.

- [What Makes Me? Core Capacities for Living and Learning](#)  
- [Learning for Wellbeing Foundation: Nine Core Capacities](#) 

UNICEF: Bericht über kindgerechte digitale Technologie

UNICEF hat in Zusammenarbeit mit der LEGO Foundation eine Studie über die Entwicklung digitaler Technologien zur Förderung des Kindeswohls durchgeführt. Neben Interviews mit Eltern und Interessenvertreter:innen wurden auch Workshops mit 300 Kindern aus 13 Ländern durchgeführt. Die Hauptergebnisse der Studie sind, dass das Wohlbefinden von Kindern ganzheitlich gedacht werden muss. Digitale Technologien, die soziale Kontakte förderten, könnten zum sozialen Aspekt des Wohlbefindens beitragen. Außerdem müssten digitale Technologien inklusiv gestaltet werden. Dazu zähle auch die Verringerung von Kosten und die kultursensible Prüfung der Inhalte.

- [UNICEF: Responsible Innovation in Technology for Children](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
5.-6. Mai 2022 Strasbourg, Frankreich	French Presidency conference: Social Economy, the future of Europe	Französische EU-Ratspräsidentschaft
12. Mai 2022 Brüssel, Belgien	Change Starts With Us - Final Conference of The 25 Percent	European Youth Forum
13.-15. Mai 2022 Barcelona, Spanien	First International Workshop on Family Support	Institute for Advanced Family Studies, Catalunya
14.-16. Juni 2022 Pantin, Frankreich	Urbact City Festival 2022	Französische EU-Ratspräsidentschaft
17. Juni 2022 Zürich, Schweiz	Detox Masculinity – und dann...?	Dachverband Schweizer Männer- und Väterorganisationen
27. Sept. 2022 Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF / COFACE Families Europe
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	IAFL Introduction to European Family Law Conference	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF)** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE Families Europe und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

